

8. Mai: Gefangenschaft oder Befreiung

Von Thorsten Lindemann

Jedes Jahr am 8. Mai erreicht der Gedenktagsreigen seinen Höhepunkt. Dann feiern nicht nur die ehemaligen Kriegsgegner, sondern auch alle, die im Nachhinein mit ihnen über das Deutsche Reich gesiegt haben. Auch die politische Klasse der Bundesrepublik gerät am 8. Mai in einen Zustand demokratischer Ekstase. Die Zeitungskommentare überschlagen sich in ihrer Lobpreisung der größten Wende der deutschen Geschichte und machen aus der Unterwerfung einen Akt der Erlösung.

Als Beispiel hierfür greifen wir heraus, wie die Westdeutsche Zeitung in Düsseldorf am 6. Mai 2020 den 75. Jahrestag des Kriegsendes feiert.

Mit der Überschrift: „befreiende Niederlage“ wird diesem Tag zunächst eine Art Doppelcharakter zugebilligt, um dann jedoch sofort den Aspekt der Befreiung in den Vordergrund zu stellen. „In Hunger, Angst und Demütigung des Jahres 1945 werden es die meisten Deutschen nicht so empfunden haben: aber der 8. Mai ist der Tag der Befreiung der Deutschen von der selbstgewählten NS-Diktatur.“ Soweit der erste Satz des Leitartikels. Er ist bezeichnend dafür, aus welcher Perspektive die Geschichte hier gedeutet wird. Es kommt gar nicht darauf an, wie die Deutschen der damaligen Zeit diesen Tag wahrgenommen haben, nein die Besserwisser der nachfolgenden Zeit, die die hohe Schule der journalistischen Anpassung erfolgreich durchlaufen haben, die, man weiß nicht von wem legitimiert und eingesetzt, jetzt das Sagen auf dem Feld der öffentlichen Meinung haben, die interessiert die Erfahrung der unmittelbar Betroffenen nicht, über deren Köpfe hinweg dekretieren sie: „Dieser Tag ist ein Tag der Befreiung.“ Und alle, die es anders wahrgenommen haben, litten offenbar an einer Wahrnehmungsstörung. Diese Art von zeitgenössischer Besserwisseri bedeutet eine Entmündigung gegenüber vergangenen Generationen, die sich nicht mehr zu Wort melden können. Mit ihnen hat man auch die unmittelbare historische Erkenntnis zu Grabe getragen, und auf ihren Gräbern feiert das politische Milieu jetzt seine Bekenntnisse im launigen Stil einer Siegesparty.

Die Umkehrung der Wahrnehmung, die Deutung der Niederlage als Sieg, wird in einem Atemzug von einer mächtigen Schuldzuweisung begleitet. Schon im ersten

Satz werden die Deutschen zu Schuldigen erklärt, da sie ja „die NS-Diktatur selbst gewählt“ hätten. Auch hier schwingt sich die mediale Arroganz zum Richter auf, diesmal im strafrechtlichen Sinne. Sicherlich haben die Deutschen 1933 mit 43% die Nationalsozialisten gewählt, daß sie aber eine Diktatur dieses Ausmaßes gewählt hätten, mit all den Menschenrechtsbrüchen, mit Judenverfolgung und Kriegsfolgen, ist eine perfide Behauptung. Das hätte man ja alles voraussehen können, behaupten die Besserwisser von heutzutage. Die Total-Beschuldigung aller Deutschen von damals ist zu einem medialen Leitmotiv geworden. Die Allgegenwärtigkeit dieser Schuld sagt dabei mehr über den totalitären Charakter der Schuldpropaganda der Befreier aus als über das Verhalten der Deutschen.

Soweit allein die Anmerkungen zum ersten Satz, der die Generalthese vorgibt. Der zweite erweist sich als nicht minder fragwürdig. Da heißt es: „Ohne die totale Niederlage wäre diese Terrorherrschaft, die Europa, ja die ganze Welt überzog, nicht zu beenden gewesen.“ Auch das entpuppt sich bei näherem Hinsehen als doppelte Geschichtsverdrehung. Schon früh, möglicherweise seit 1939, spätestens seit der Konferenz von Casablanca, haben die Westmächte zu verstehen gegeben, daß sie ohne eine bedingungslose Kapitulation Deutschlands diesen Krieg nicht zu beenden bereit waren. Demzufolge haben auch die intensiven Bemühungen seitens der deutschen Regierung, - es gab mehr als 40 Friedensinitiativen von deutscher Seite - ein Ende des Krieges herbeizuführen, zu keinem Ergebnis geführt. Churchill bekannte schon am ersten Kriegstag 1939 freimütig: „Dieser Krieg ist ein englischer Krieg und sein Ziel ist die Vernichtung Deutschlands“, und er hat unter dem Motto „Wir müssen Europa in Brand setzen!“ eine kompromisslose Politik der Kriegsausweitung betrieben. Er unternahm alles, um zuerst Norwegen, dann den Balkan, schließlich die Sowjetunion und am Ende noch die USA in den anfangs lokalen Konflikt um Polen hineinzuziehen. Nur die vollständige Ignoranz gegenüber der Kriegstreiberei Englands, der USA und der Sowjetunion macht es möglich, diesen Krieg als einen allein von

Deutschland verursachten Krieg darzustellen. Churchill jubelte schließlich, daß Hitler im Kriege gefangen sei und bis zum bitteren Ende kämpfen müsse. Die Behauptung, daß Deutschland die halbe Welt mit Krieg und Zerstörung überzogen habe, ist eines der zahlreichen Märchen, die durch die Arbeit der öffentlich-rechtlichen Medien in das Geschichtsbild der Deutschen eingegangen sind. Sie haben damit die Eigen-Wahrheit der Bundesrepublik geprägt.

Dies gilt auch für den dritten Satz des Kommentars: „Es ist das Verdienst Richard von Weizsäckers dies als Bundespräsident 1985 ausgesprochen zu haben“ - gemeint ist dessen These von der Befreiung. Richtig ist genau das Gegenteil: es ist das große Versagen, ja man könnte schon formulieren, die Schande, die Weizsäcker seinem Lande bereitet hat, diesen Satz zur Staatsdoktrin der BRD zu erheben. Er zeugte nicht von Mut, sondern von dem kleinstmütigen Kuschen vor einer fremdbestimmten medialen Klasse, deren billigen Applaus er damit erringen konnte.

Auf sicheren Applaus kann auch der nächste Satz rechnen: „In vier Jahrzehnten ist im Westen Deutschlands ein demokratischer Rechtsstaat herangewachsen, durch dessen Grundgesetz sich das „Nie wieder!“ von Artikel zu Artikel zieht.“ Hier wird allerdings kaum merklich einer einseitigen Umdeutung des Grundgesetzes Vorschub geleistet. Das „Nie wieder!“ kommt als Ausdruck des antifaschistischen Konsenses ganz unschuldig daher, aber wird es von seinen linken Protagonisten nicht ganz anders gemeint? Steht es heute nicht eher für „Nie wieder Deutschland“?

Wie weit die antifaschistische Neuinterpretation des Grundgesetzes schon gediehen ist, zeigt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach alle Bestrebungen, die sich auf die ethnisch-kulturelle Fortexistenz des deutschen Volkes richten, als verfassungswidrig eingestuft werden, weil sie - nach Ansicht dieses Gremiums - dem Geist des Nationalsozialismus entspringen.

Die überzogene Ausländer-Rein!-Politik läßt heute die Frage aufkommen, ob die ständigen Verweise auf den Nationalsozialismus und auf ein willkürlich interpretiertes Grundgesetz nicht mißbraucht werden, eine höchst umstrittene politische Praxis zu legitimieren und ob Deutschland den Weg des demokratischen Rechtsstaates nicht schon längst verlassen hat.

In der folgenden fünften Behauptung wird das Grundthema der Beschuldigung variiert. Der Autor empört sich, daß es „trotzdem Jahrzehnte gedauert hat, bis die Deutschen endlich die Verbrechen ihrer Geschichte im ganzen Ausmaß in den

Blick genommen haben und es sei eine Schande, wie unwillig sie dies taten“ und welche erschreckenden Kontinuitäten fortbeständen. Die Heutigen werden zugleich gelobt und getadelt. Gelobt, weil sie die Schuld endlich anerkennen, getadelt, weil einige noch nicht so richtig mitmachen. Man muß sich fragen, ob der Widerspruch der Zeitzeugen nicht erst beseitigt werden mußte, bevor die neue Ideologie Platz greifen konnte. Diese Neuorientierung, für die der Kniefall Brandts und die Wehrmachtsausstellung als Indizien genannt werden, sei eine große Leistung und hätte endlich Vertrauen geschaffen bei den Nachbarn in Europa. Gelobt wird damit ein neues Geschichtsbild, daß sich den geschichtlichen Versionen der Nachbarstaaten unterwirft, getadelt werden eigene Ansprüche auf Wahrheit und Selbstbehauptung.

Nicht dem eigenen Willen, sondern dem Vertrauen der Europäer hätten die Deutschen ihre nationale Einheit zu verdanken. Hier wird ganz nebenbei akzeptiert, daß die Deutschen einen niedrigeren Rechtsstatus haben, also an sich gar kein Recht auf nationale Einheit besitzen, sondern dafür ihren Nachbarn dankbar sein müßten. „Europa“ dienen zu müssen, lautet eine andere Formel der Unterwerfung.

Der Artikel endet schließlich mit der Behauptung „Wer den 8. Mai nur als Tag der Niederlage sieht, sollte über sein Verhältnis zu Grundgesetz und Demokratie nachdenken, denn beides gäbe es nicht ohne den 8. Mai 1945.“

Daß die Bundesrepublik in diesem Sinne als Produkt der Niederlage erscheint, wird niemand bestreiten. Daß aber derjenige, der den 8. Mai nicht als Tag der Befreiung ansehen kann, ein gestörtes Verhältnis zu Grundgesetz und Demokratie habe, mit anderen Worten sich mit Verfassungsfeinden gemein mache, das ist die fragwürdige Auffassung von Aktivisten und V-Leuten, die ihre geschichtliche Interpretation auch mit Methoden der Verleumdung und Kriminalisierung durchzusetzen suchen, Methoden, die dem Geiste von Grundgesetz und Demokratie widersprechen.

Falsche Schuldzuweisungen, Ignoranz gegenüber den historischen Fakten und ideologische Verblendung können nicht auf Dauer Grundlage unseres Geschichtsbildes sein. Gerade in Zeiten der Krise wird die Autorität der politischen Akteure und die Rolle der Medien vermehrt infrage gestellt. Auch im Hinblick auf den 8. Mai ist ein Abschied von alten Formeln, ist eine wahrlich historische Aufklärung nötig. Dann könnte der 8. Mai ein willkommener Anlaß sein, über Deutschland neu und ehrlich nachzudenken.